



## Die Krise in Burma: Warum China nicht unsere letzte Hoffnung sein darf

[www.seas.at](http://www.seas.at) | [a.gerstl@gmx.at](mailto:a.gerstl@gmx.at)

27. Sep. 2007

Im Jahr der Unabhängigkeit von England 1948 ein entwicklungspolitisches Hoffungsland, richtete das 1962 gewaltsam an die Macht gekommene Militärregime von Ne Win Burma auf dem Weg zu einem eigenständigen Sozialismus wirtschaftlich völlig zugrunde. Der Volksaufstand von 1988 ließ kurz die Hoffnung auf eine politische und wirtschaftliche Öffnung aufkeimen. Doch die Generäle, die Ne Win stürzten, schlugen den Aufstand gewaltsam nieder; bis zu 3000 Menschen sollen dabei ihr Leben verloren haben.

Die Stimmung im Volk völlig verkennend, ließ das Militär 1990 freie Wahlen zu, die Aung San Suu Kyis Nationale Liga für Demokratie (NLD) mit fast 80 Prozent der Stimmen gewann. Die Konstituierung des Parlaments verhinderte die Junta dann jedoch, und die Hoffungs- und Nobelpreisträgerin wurde unter Hausarrest gestellt. Seither herrscht in Burma Friedhofsruhe - und latente Unzufriedenheit, die sich erstmals im August bei spontanen Demonstrationen gegen die Erhöhung der Benzinpreise entlud und nun in den von buddhistischen Mönchen angeführten Massenprotesten gipfelte.

Die Weltöffentlichkeit blickt zwar besorgt in das von den Generälen in Myanmar umgetaufte Land. Doch ihre Möglichkeiten zur Einflussnahme auf das sich in Selbstisolation gefallende Regime sind begrenzt. So sind wirtschaftliche Sanktionen kein Druckmittel gegenüber einer Regierung, der nicht an einer Integration in die Weltwirtschaft gelegen sein kann, da diese Transparenz und Offenheit gegenüber ausländischen Investoren erforderlich macht. Lieber setzt das Militär auf Selbstbereicherung durch Ausbeutung der Ressourcen, vor allem Erdgas, Edelsteine, Opium und Edelhölzer, die nach Thailand oder China geschmuggelt werden. Ihre Pfründe drohen die Generäle unter einer demokratischen Regierung zu verlieren, und die insgesamt 500.000 Soldaten sähen sich zumindest unsicheren Perspektiven gegenüber - weshalb ein zunehmend gewaltsames Vorgehen gegen die DemonstrantInnen immer wahrscheinlicher wird.

Im vollen Bewusstsein der eigenen Machtlosigkeit setzen die Europäische Union (EU), aber auch die Vereinigung südostasiatischer Nationen (ASEAN) oder Australien auf Indiens und speziell Chinas mäßigenden Einfluss. Dieses Abschieben von Verantwortung scheint naiv und sogar zynisch, da die Regierung in Peking selbst Demokratie und Menschenrechte mit Füßen tritt. Doch andererseits scheint es zurzeit das einzig erfolgversprechende Mittel zu sein. Solange sich der Westen bewusst ist, dass China - legitimerweise - Eigeninteressen verfolgt, dass ihm nicht an einer wirklichen Demokratisierung gelegen sein kann - und dass selbst sein Einfluss auf das burmesische Regime beschränkt ist.

Zwar haben chinesische Staatsfirmen umfangreiche Investitionen in die burmesische Infrastruktur, speziell in Hafenanlagen, Eisenbahn und Pipelines getätigt, um die Transportwege für die aus Afrika und dem Mittleren Osten importierten Ressourcen abzukürzen. Doch begründet dieses Engagement keine einseitige Abhängigkeit Burmas, das

natürlich um seine strategische Bedeutung in Chinas Diversifikationsstrategie weiß. Außerdem kann Peking auch nicht an einem ungewissen Demokratieexperiment gelegen sein; sein Hauptinteresse ist Stabilität. Und eine Regierung, die in der Lage ist, die Transportrouten effektiv zu sichern. Was China nicht wünscht, ist - ganz besonders vor den olympischen Spielen 2008 - eine Eskalation, verbunden mit negativen Schlagzeilen über seine engen Verbindungen zu einem skrupellosen Regime, das seine Armee auf die eigene Bevölkerung hetzt. Auf diesem eigennützigem Interesse Chinas - und nicht auf einer gemeinsamen Allianz in Sachen Menschenrechte und Demokratie - beruhen die Hoffnungen des Westens.

Doch die EU und ASEAN, der Burma seit genau zehn Jahren angehört, sind gefordert, darüber hinausgehende diplomatische Maßnahmen zu ergreifen. Während EU-PolitikerInnen bei den Treffen mit ihren ASEAN-Partnern von Burma die Beachtung der Menschenrechte fordern, wiegelt ASEAN ebenso regelmäßig ab. In einer Region, in der Souveränität und Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten heilige Prinzipien sind, setzt die südostasiatische Organisation auf stille Diplomatie. Bislang völlig vergeblich, denn selbst ASEAN verfügt über keine handfesten Druckmittel gegenüber Burma - aufgenommen primär wegen dessen Rohstoffreichtums und in der trügerischen Hoffnung, die ASEAN-Mitgliedschaft würde sich positiv auf eine Demokratisierung auswirken.

ASEAN feiert beim Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs im November sein 40-jähriges Jubiläum. Erwartet werden mutige Schritte zur Verwirklichung der Ostasiatischen Gemeinschaft, eines an der EU inspirierten regionalen Integrationsprojektes. Die Krise um das ASEAN-Mitglied Burma droht dieses Treffen jedoch völlig zu überschatten. Mehr noch: Wenn die ASEAN-Führer nicht zumindest lautstark gegen eklatante Menschenrechtsverletzungen im Mitgliedsland Burma protestieren, dann droht ASEAN international jegliche Glaubwürdigkeit und moralische Autorität zu verlieren.

Doch auch die gesamte Staatengemeinschaft steht in der Pflicht. Sie darf die Verantwortung für eine gewaltfreie Lösung der Krise in Burma nicht allein auf das undemokratische China abschieben. Vielmehr muss sie die Vereinten Nationen zu einem klaren Protest und der raschest möglichen Entsendung des UN-Menschenrechtsbeauftragten drängen, um der burmesischen Bevölkerung zu signalisieren, dass die Weltöffentlichkeit hinter ihren Anliegen steht. In der Zwischenzeit bleibt nur die Hoffnung, dass die Hemmschwelle für die Regierung - und vor allem die einfachen Soldaten -, weitere direkte Gewalt gegen die in der burmesischen Gesellschaft hochverehrten Mönche einzusetzen, sehr hoch liegt.

*Alfred Gerstl lehrt an der Macquarie University, Sydney und ist wissenschaftlicher Leiter der Gesellschaft für Südostasienwissenschaften Wien.*

**SEAS - Gesellschaft für Südostasienwissenschaften Wien**  
**Vereinsstiege 4/14, A-1090 Wien, Österreich | ZVR-Zahl: 786121796**  
**Tel +43 (0) 676 - 9540115 | [www.seas.at](http://www.seas.at) | [publics@seas.at](mailto:publics@seas.at)**